

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Land)

20. Sitzung

15.02.13

Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

20. Sitzung

am 15. Februar 2013

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Bensch (CDU)
Abg. Brumma (SPD)
Abg. Kau (CDU)
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg- Liess (SPD)
Abg. Frau Piontkowski (CDU), Vorsitzende
Abg. Reinken (SPD)
Abg. Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Tsartilidis (SPD)
Abg. Weber (SPD)
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Frau Holsten	von der Senatskanzlei
Frau Sokol	Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Herr Meyer-Stender	Vizepräsident des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen
Frau Dr. Brockmüller) vom Rechnungshof der Freien
Frau Kolbeck-Rothkopf) Hansestadt Bremen

Staatsrat Strehl)	
Herr Becker)	
Herr Bischoff)	
Frau Bleiker)	
Frau Dillenburger)	
Herr Dr. Hagen)	
Herr Meyer)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Dr. Saebetzki)	
Frau Schüller)	
Frau Willenborg)	
Herr Dr. Winters)	
Staatsrat Härtl		vom Senator für Gesundheit
Herr Albensoeder)	von der Senatorin für Bildung und
Frau Moning)	Wissenschaft
Herr Werbeck		vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr
Frau Wolff		vom Senator für Justiz und Verfassung
Herr Wiatrek		vom Senator für Inneres und Sport
Frau Kirchmann		Immobilien Bremen
Herr Gmajnic		Gesundheit Nord gGmbH
Herr Radtke)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Winsemann)	und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Dr. Restat		von der Fraktion DIE LINKE
Frau Schneider		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistentin des Ausschusses

Öffentlicher Teil

Abg. Frau Piontkowski eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr.

I. Protokolle

1. Protokoll der 17. Sitzung am 16. November 2012

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 17. Sitzung am 16. November 2012.

2. Protokoll der 18. Sitzung am 7. Dezember 2012

Abg. Rupp bemängelt, die Darstellung des Beschlusses auf Seite 381 zum Ankauf des Lloydhofes erwecke den Eindruck, der Beschluss sei einstimmig gefasst worden. Dies sei jedoch nicht der Fall gewesen. Er bittet darum, den ergänzenden Zusatz aufzunehmen: „mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE)“.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das so geänderte Protokoll der 18. Sitzung am 7. Dezember 2012.

3. Protokoll der 19. Sitzung am 18. Januar 2013

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 19. Sitzung am 18. Januar 2013.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

1. Überweisungen aus dem Plenum

- keine Vorlagen -

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 18. Januar 2013 -

Abg. Frau Piontkowski teilt mit, sie habe im Vorfeld mit der Senatorin für Finanzen Änderungen der Auftragsliste besprochen. Die Liste werde entsprechend aktualisiert und zur nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

3. Angelegenheiten aus anderen Fachausschüssen, insbesondere aus dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

- keine Vorlagen -

4. Sonstiges

- keine Vorlagen -

III. Initiativen des Senats

1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

2. Europaangelegenheiten

- keine Vorlagen -

3. (Controlling-) Berichte/DHS

3.1 Produktgruppe 96.01.01 IT-Budget der FHB hier: Modernisierung des E-Mail-Systems der bremischen Verwaltung - Vorlage 18/260 L -

Auf Nachfragen des **Abg. Dr. Kuhn** teilt **Herr Dr. Hagen** mit, das Polizeinetz und das Netz des Bildungsbereichs hätten eigene Anforderungen, die sich vom Rest der Verwaltung unterscheiden. Bei der Polizei gehe es um die Anbindung an die bundesweiten Polizeinetze, insbesondere das Netz des BKA. Im Bildungsbereich betreffe dies die Anbindung der Schulen. Es gebe über 100 Schulstandorte mit eigenen Netzen. Die Installationen seien teilweise nicht standardgerecht. Im Bildungsbereich ergebe sich die weitere Problematik, dass einige Arbeitsplätze eher an die Schulen angebunden werden müssten, andere eher an die senatorische Dienststelle. Man prüfe zurzeit, ob und inwieweit der Bildungs- und Polizeibereich in das neue Netz integriert werden könnten. Durch BASIS.bremen habe man jetzt eine bessere Netzwerktechnik, die über eine gewisse Kaskadierung verfüge. Mit der technischen Scharfschaltung der Passworrichtlinie sei gemeint, dass künftig eine einheitliche Passworrichtlinie gelte, nach der ein Passwort aus mindestens acht Zeichen bestehen müsse. Außerdem müssten Zahlen und Ausrufezeichen darin vorkommen. Durch die Zentralisierung könne man nunmehr durchsetzen, dass sich alle Nutzer an die Passworrichtlinie halten.

Auf ergänzende Nachfrage des **Abg. Liess** teilt **Herr Dr. Hagen** mit, die Einbindung der Netze von Polizei und Schulen werde nicht mehr in diesem Jahr erfolgen können. BASIS.bremen werde zurzeit in der Kernverwaltung eingeführt. Polizei und Schulen könnten erst dann eingebunden werden, wenn BASIS.bremen auch dort eingeführt sei.

Abg. Frau Piontkowski möchte wissen, ob eine Anpassung der Datenvolumina in den Postfächern geplant sei, wenn ja, für wann und mit welchem Volumen.

Herr Dr. Hagen antwortet, die Frage sei bereits entschieden. Aus Kostengründen habe man sich auf das relativ kleine Volumen von 300 Megabyte festgelegt. Ein höheres Datenvolumen koste mehr Speicherplatz und sei dementsprechend teurer. Die Frage, was ein angemessener Speicherplatz

ist, sei für die einzelnen Ressorts sehr unterschiedlich zu beantworten. Aktuell sei keine weitere Anpassung geplant.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Bericht zur Modernisierung des E-Mail-Systems der bre-mischen Verwaltung zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt, die Nummer 3 der Auftragsliste zu streichen.

4. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, allgemeine Vermögensangelegenheiten

- keine Vorlagen -

**5. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen,
sonstige Vollzugsangelegenheiten**

**5.1 Anträge auf Nachbewilligung auf den Haushalt der Freien Hansestadt
Bremen 2013**

- keine Vorlagen -

5.2 Anträge auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung

- keine Vorlagen -

5.3 Anträge auf Sperrenaufhebung

- keine Vorlagen -

5.4 Sonstige Vollzugsangelegenheiten

- keine Vorlagen -

6. Personalhaushalt/Stellenplan

- keine Vorlagen -

7. Prüfaufträge

- keine Vorlagen -

8. Bürgerschafts- und Grundstücksangelegenheiten, Sondervermögen Immobilien und Technik**8.2 Bau- und Sanierungsprogramm 2013 sowie mehrere parallel durchzuführende nutzerbedingte Baumaßnahmen an Schulen
- Vorlage 18/262 L -**

Herr Meyer erläutert, die als Tischvorlage verteilte Neufassung der Beschlussvorschläge betreffe die Aufteilung der Beträge zwischen dem Gymnasium Horn und der Neuen Oberschule Gröpelingen. Bei der übersandten Vorlage sei der gesamte Betrag bei der Neuen Oberschule Gröpelingen aufgenommen worden. Das Gymnasium Horn sei versehentlich nicht dargestellt worden.

Abg. Frau Piontkowski möchte wissen, wie sich der Betrag von 5,929 Millionen Euro, die aus Mitteln des Bildungsressorts für die Maßnahmen am Gymnasium Horn und der Neuen Oberschule Gröpelingen aufzubringen sind, zusammensetzt.

Herr Bischoff erläutert, es handele sich um eine Addition der Beträge, die vom Bildungsressort als Anteil an den Baumaßnahmen aufgebracht werden müsse. Die einzelnen Beträge seien jeweils auf Seite 2 der Fachdeputationsvorlage zu finden. Danach betrage der Anteil der Senatorin für Bildung und Wissenschaft für die Maßnahmen an der Neuen Oberschule Gröpelingen 4,742 Millionen Euro. Der Anteil des Bildungsressorts bezogen auf das Gymnasium Horn belaufe sich auf 1,187 Millionen Euro.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Piontkowski** nach der Bedeutung des Satzes auf Seite 3 der Vorlage: „Gebäude des Landes Bremen sind nur im Einzelfall in den diversen Standorten des Justizressorts enthalten.“ antwortet **Herr Bischoff**, damit sei gemeint, dass nur relativ wenige Gebäude im Landeseigentum stehen. Die überwiegende Zahl der Gebäude sei städti-

ches Eigentum. **Frau Wolff** ergänzt, natürlich stünden alle Justizgebäude im Landeseigentum.

Abg. Frau Schön merkt an, im Wissenschaftsbereich gebe es bei allen Baumaßnahmen einen Kostendeckel. Das sei im Bildungsbereich ihres Wissens nach nicht so. Sie möchte wissen, ob aus Fairnessgründen anderen Schulen gegenüber, die auch Sanierungsbedarf haben, perspektivisch ein Kostendeckel geplant werde. Darüber hinaus interessiert sie, ob es in anderen Ressorts bei Baumaßnahmen Kostendeckel gibt.

Frau Kirchmann führt aus, in unterschiedlichen Programmen gebe es vereinzelt Kostendeckel. Das sei jedoch nicht die Regel. Es sei auch nicht Auflage für ein Sanierungsprogramm. Bei Neubauvorhaben sei eine Kostendeckelung möglich, weil man auf bestimmte Gegebenheiten verzichten könne. Man könne aber keine Sanierungsbedarfe deckeln. Den Planungen für Sanierungsmaßnahmen liege nur eine Kostenschätzung zugrunde. Wenn man weiter plane bis zur Entwurfsunterlage Bau, der eine Kostenberechnung zugrunde liege, könnte man diese Baumaßnahmen auch deckeln. Das mache auch das Wissenschaftsressort. Eine Deckelung im Vorfeld sei nicht möglich, weil die Planungstiefe und die Planungsgenauigkeit dies noch nicht hergebe. Wenn die Entwurfsunterlagen und die Kostenberechnungen vorliegen, müsse noch geprüft werden, ob es wirtschaftlicher sei, auf einen Bauteil zu verzichten oder die Maßnahme in Gänze durchzuführen. Gegebenenfalls müsse dann ein zusätzlicher Mittelbedarf angemeldet werden, wie es nach der Vorlage bei fünf Maßnahmen der Fall sei.

Auf weitere Nachfragen der **Abg. Frau Schön** antwortet **Frau Kirchmann**, Nutzungsänderungen würden durch das jeweilige Ressort initiiert. Sie würden sich nicht auf das Sanierungsprogramm auswirken, weil die Kosten auch vom Fachressort getragen werden. Immobilien Bremen könne deshalb auch nicht im Umkehrschluss die Nutzerkosten deckeln. Alles was im Senatsbauprogramm angemeldet sei, bis auf die beiden Sammeltöpfe, heiße Planung. Dem liege eine Vorentwurfsplanung mit einer detaillierten Kostenschätzung zugrunde. Das sei bei allen Vorlagen im Senatsbauprogramm so. Dafür habe man sich bewusst entschieden, damit man, falls sich Maßnahmen als unwirtschaftlich herausstellen, ohne größeren Honoraraufwand davon Abstand nehmen könne.

Abg. Rupp rügt, dass die Vorlage angesichts der Tragweite der Entscheidung sehr kurzfristig versandt worden sei. Er möchte wissen, ob der Haushalts- und Finanzausschuss nochmals eingeschaltet werde, wenn man feststelle, dass man sich bei den kalkulierten Kosten verschätzt habe und Mehrkosten entstehen.

Frau Kirchmann antwortet, wenn man einen Kostenmehrbedarf feststelle, müsse nochmals die Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Immobilien Bremen reiche eine erneute Entwurfsunterlage Bau bei der Senatorin für Finanzen ein. Diese beteilige dann gegebenenfalls den Haushalts- und Finanzausschuss.

Herr Bischoff ergänzt, die Haushalts- und Finanzausschüsse müssten bei erwarteten Mehrkosten ab 100.000 Euro eingeschaltet werden.

Abg. Frau Piontkowski möchte wissen, weshalb in der der Vorlage beige-fügten Tabelle für angemeldete Mehrbedarfe in einigen Fällen keine Begründung gegeben werde.

Herr Bischoff führt aus, in der Tabelle gebe es nur bei fünf Maßnahmen erhöhte Mittelbedarfe. In drei Fällen sei eine Begründung für den erhöhten Mittelbedarf gegeben worden. Nach seinem Eindruck handele es sich bei den beiden anderen Fällen um noch nicht abgerufene Mittel.

Nach Auffassung von **Herrn Dr. Winters** ist die Darstellung missverständlich. Bei den laufenden Nummern 32 bis 46 handele es sich um neue Maßnahmen. An den Beträgen könne man erkennen, dass der aufgeführte zusätzliche Mittelbedarf eigentlich der Kernbedarf für die Durchführung der Maßnahmen sei.

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Piontkowski** teilt **Frau Wolff** mit, die Sanierung der Justizvollzugsanstalt falle nicht unter das Bau- und Sanierungsprogramm. Deshalb seien die dort gegebenenfalls erforderlichen Mehrkosten nicht in der Vorlage dargestellt. Momentan stehe auch noch nicht fest, ob es Mehrbedarfe gebe.

Abg. Frau Piontkowski hebt hervor, für die CDU-Fraktion sei nach wie vor problematisch, dass es keine saubere Trennung zwischen Sanierungsmaßnahmen und den nutzerbedingten Maßnahmen beziehungsweise Investitionen gebe. Deshalb werde die CDU-Fraktion diese Vorlage ablehnen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Enthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) den Maßnahmen des Bau- und Sanierungsprogramms 2013 mit einem Gesamtvolumen von rund 34.621.000 Euro zu. In diesem Betrag sind Mehrkosten bei fünf Projekten in Höhe von insgesamt 1.852.000 Euro enthalten. Der Anteil neuer Maßnahmen an der Gesamtsumme beläuft sich auf 16.108.000 Euro.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Enthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) den aus Mitteln des Bildungsressorts finanzierten ergänzenden Maßnahmen am Gymnasium Horn und der Neuen Oberschule Gröpelingen im Volumen von insgesamt 5.929.000 Euro zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU und bei Enthaltung des Abgeordneten Rupp (DIE LINKE) der Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen (VE) bei

- Hst. 3987/884 20-6, An Sondervermögen Immobilien und Technik für Sanierungsinvestitionen, in Höhe von 26.476.000 Euro und
- Hst. 3218/722 23-6, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen an der Neuen Oberschule Gröpelingen, in Höhe von 500.000 Euro sowie
- der Erteilung von zusätzlichen VE bei
 - Hst. 3218/722 23-6, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen an der Neuen Oberschule Gröpelingen in Höhe von Euro 2.642.000 Euro sowie bei
 - Hst. 3217/722 32-1, Umbaumaßnahmen Gymnasium Horn (schulstrukturelle Änderungen), in Höhe von 1.090.000 Euro

zu.

9. Sonstiges

- keine Vorlagen -

IV. Verschiedenes**1. Besuch bei dataport**

Abg. Frau Piontkowski bedankt sich bei Herrn Dr. Restat dafür, dass er eine Besuchsmöglichkeit für die Mitglieder der Haushalts- und Finanzausschüsse bei dataport organisiert hat. Der Besuch soll am 4. April 2013 ab 14.00 Uhr stattfinden. Sie bittet interessierte Ausschussmitglieder, ihr Interesse gegenüber der Ausschussassistentin mitzuteilen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt Kenntnis.

2. Verlegung des Sitzungstermins im Mai 2013

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) kommt darin überein, den für den 10. Mai 2013 vorgesehenen Termin auf den 7. Mai 2013, 14.30 Uhr, vorzuziehen.

Nicht öffentlicher Teil

(Schluss der Sitzung 15.15 Uhr)

Ausschussvorsitzende

Piontkowski

Anlage

**Anlage zum Protokoll der 20. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses
(Land) am Freitag, dem 15. Februar 2013**

Zu Punkt III.8.1: Bericht der Senatorin für Finanzen über die Vergabe von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen

Hier: Bürgschaftsübernahmen mit einem Wert von über 1 Mio. EUR

III. Theater Bremen GmbH

Die Zahllast in Höhe von 158 Tsd. € p.a. zzgl. USt an den Energiespar-Contractor ist höher als die jährliche Einsparung der Energiekosten in Höhe von 136 Tsd. €, weil der Contractor auch bauliche Maßnahmen und Ersatzbeschaffungen, die ohnehin zur Erledigung anstehen, für das Theater finanziert. Durch einen sinkenden Zuschussbedarf des Theaters ergibt sich somit die Wirtschaftlichkeit dieser Vertragsgestaltung.